

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 16

Ausgegeben am 13. Januar 1922

40. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Einheitsfront-Illusionen

Von Heinrich Cunow

Vor wenigen Tagen (am 8. Januar) trat in Leipzig die Unabhängige Sozialdemokratische Partei zu ihrer allgemeinen Tagung zusammen. Vergleicht man die zu diesem Parteitag von den unabhängigen Organisationen gefaßten Beschlüsse, dann kann man mit ziemlicher Sicherheit auf heftige Zusammenstöße zwischen den verschiedenen Parteirichtungen rechnen, aus denen sich das unter der Firma »U. S. P.« bekannte Parteigebilde zusammensetzt. Freilich, so weit möchte ich nicht gehen wie einige unserer Parteiblätter, die da meinen, daß der Leipziger Parteitag vielleicht sogar das Problem der Existenzberechtigung der U. S. P. aufrollen und zu weiteren Spaltungen führen könne. Sicherlich, eine einheitliche, in sich geschlossene Partei ist zurzeit die U. S. P. ebensowenig wie vor gut einem Jahre, als sich von ihr auf dem Parteitag in Halle der linke Flügel abzweigte und zu den moskowitzischen Kommunisten übertrat; aber die Führer der verschiedenen Richtungen wissen doch zu genau, daß unter den heutigen politischen Verhältnissen weitere Abschwenkungen zu einer völligen Zerbröckelung der Unabhängigen Partei und damit zu ihrer Ausschaltung aus dem politischen Leben führen würden: eine Ausschaltung, die sie selbst am schwersten treffen und zur Rolle kleiner Sektanföhrer verdammen würde — und sie föhlen sich doch fast alle als Politiker großen Stils, die der Zukunft neue Bahnen weisen können. Wenn auch in neuester Zeit in den U.-S.-P.-Blättern nicht mehr in gleichem Maße wie kurz nach der Novemberrevolution, als diese Partei mit vollen Segeln in das politische Meer oder vielmehr in die Idee der Weltrevolution hinausfuhr, von der großen historischen Mission der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gesprochen wird, so hofft doch noch immer ein Teil der Führer — Frau Luise Zieß hat erst jüngst diese Hoffnung in der »Freiheit« neu begründet —, daß die U. S. P. wieder neue Kräfte gewinnt und sie selbst daher noch zu großen Taten berufen sein werden. Sie werden daher auch trotz aller vorhandenen Gegensätze weitere Spaltungen möglichst zu vermeiden suchen.

Judem aber stehen, wenn sie nicht noch gewaltsam von einigen allzu Temperamentvollen hineingezerrt werden, wichtige Grundanschauungen und -auffassungen in Leipzig gar nicht zur Erörterung, sondern vornehmlich faktische Fragen, und in bezug auf diese herrschen, wie die von den Lokalorganisationen gefaßten Beschlüsse beweisen, keineswegs in den Reihen der Unabhängigen große Meinungsverschiedenheiten, haben doch zum Beispiel die meisten dieser Organisationen sich entschieden gegen jede Teilnahme an einer Koalitionsregierung ausgesprochen. Oder sollte vielleicht die sogenannte Einigungsfrage, das heißt die Frage der Wiedervereinigung mit

der alten Sozialdemokratie, zur Spaltung in der U. S. P. führen? Wer diese Ansicht hegt, überschätzt bei weitem den Umfang des Einigungstrebens innerhalb des »unabhängigen« Parteikonglomerats. Ein eigentliches ernsthaftes Streben nach Wiedervereinigung ist nur bei einigen Redaktionsmitgliedern der Berliner »Freiheit« und einer anscheinend ziemlich kleinen Minderheit der »Freiheit«-Leser sowie bei einigen Schülern Kautskys und den von diesen geleiteten Lokalgruppen vorhanden. Platonisch Schwärmen zwar manche Organisationen der U. S. P. für die sogenannte Einheitsfront, doch ist diese Schwärmerei, milde charakterisiert, recht naïv-kurioser Art; denn anders kann man es doch kaum bezeichnen, wenn es z. B. in der Parteitagsresolution des unabhängigen Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg heißt, daß die Partei, »die zur Einheit mit der U. S. P. als reif angesehen werden will«, zunächst erklären müsse, für sie sei »eine Koalition mit den Vertretern bürgerlicher Schichten ausgeschlossen«, oder wenn die Kieler Organisation verlangt, daß die Mehrheitssozialisten vor der Einigung zunächst das Leipziger Aktionsprogramm der U. S. P. anerkennen müßten. Liebeserklärungen für die Wiedervereinigung, die an derartige Bedingungen geknüpft sind oder die eine Einheitsfront von Molkenbuhr und Radbruch bis zu Eberlein, Hölz und Scholem fordern, kann kein Politiker ernst nehmen.

Nur scheint, als wenn auf unserer Seite, in den Blättern der Mehrheitssozialdemokratie, nicht nur weit mehr von der »Notwendigkeit der proletarischen Einheitsfront« beziehungsweise von der »Wiedervereinigung der getrennten Bruderparteien« geredet wird als in den unabhängigen und kommunistischen Parteilagern, sondern daß auch bei uns noch viel konfusere, mit den seltsamsten Unmöglichkeiten rechnende Ansichten über den Nutzen einer solchen Wiedervereinigung vorhanden sind wie auf jener Seite. Daß die Zusammenfassung aller sogenannten proletarischen Parteien, von den wildesten kommunistischen Radikalinstis bis zur Mehrheitssozialdemokratie, zu einer großen Einheitsfront möglich ist, vermag nach meiner Ansicht nur ein politischer Phantast anzunehmen. Möglich ist nur — das Wort möglich im Sinne der »realen Möglichkeit« Hegels genommen — eine Vereinigung der S. P. D. mit der U. S. P. D., und zwar auch nicht mit der ganzen U. S. P. D., sondern nur mit deren rechtem Flügel. Was würde aber dadurch erreicht? Doch nicht etwa ein Aufhören der Reibungen zwischen den Arbeiterparteien im Parlament und in der Werkstatt? Noch immer blieben die verschiedenen kommunistischen Parteien bestehen und würden wahrscheinlich sogar vom linken Flügel der Unabhängigen neuen Zuspruch erhalten. Der Erfolg der Einigung würde höchstens sein, daß wir in bestimmten Fällen bei Abstimmungen im Reichstag, in den Landtagen und Stadtparlamenten eine etwas größere Stimmenzahl in die Waagschale zu werfen vermöchten. Sicherlich ein politischer Gewinn, doch ein im ganzen ziemlich beschränkter; denn bei der Abstimmung über Arbeiter- und Wirtschaftsforderungen stimmen schon heute meistens in den Parlamenten die beiden Parteien in gleicher Weise ab. Ferner könnten in einzelnen Städten, in denen heute die mehrheitssozialistische und unabhängigen Blätter einen heftigen Konkurrenzkampf führen, diese Blätter zusammengelegt, die Straßendemonstrationen und Massenversammlungen eindrucksvoller gestaltet und vielleicht auch manche Ausgaben, die heute der lokale Rivalitätskampf beider Gruppen erfordert, erspart werden.

Diesen Vorteilen stehen aber nach meiner Ansicht weit beträchtlichere Nachteile gegenüber. Zunächst würde zweifellos ein Teil der Anhänger aus bürgerlichen Kreisen, die sich uns während des Krieges und nach dem Zusammenbruch angeschlossen haben und heute meist auf dem rechten Flügel unserer Partei stehen: Kleingewerbetreibende, Kleinbauern, Beamte, Angestellte, Angehörige der freien Berufe, wieder nach rechts abschwanken. Zweitens würden wir nicht mehr in gleichem Maße wie bisher für die bürgerlichen Parteien der Linken bündnisfähig bleiben. Sie würden wahrscheinlich bei erster günstiger Gelegenheit die heutige Regierungskoalition zu sprengen und bürgerliche Gegenkoalitionen zu bilden suchen. Die Folge wäre, daß wir wieder in die Oppositionstellung hineingedrängt und die von uns besetzten staatlichen und kommunalen Verwaltungsstellen verlieren würden — womit sich zugleich auch wieder die meisten in den Regierungsbureaus sitzenden, sich zu unserer Partei bekennenden Beamten von uns abwenden würden; denn ganz naturgemäß würden sie das Gefühl haben, wir hätten, um einige Stimmen in den Parlamenten zu gewinnen, leichtsin eine reale Machtposition aufgegeben und sie (die zu uns gehörenden Beamten) dem Druck und den Schikanen der bürgerlichen Koalition ausgeliefert.

Doch das erscheint mir, so wenig verlockend diese Aussichten sind, nicht als das Schlimmste. Die weitere Folge einer offiziellen Wiedervereinigung würde sein, daß die Uneinheitlichkeit der politischen und wirtschaftlichen Anschauungen und damit der Streit der Richtungen, den wir heute bei den Unabhängigen und Kommunisten haben, in unser eigenes Parteilager übertragen wird. Wir haben ja vor dem Kriege schon recht nette Richtungsstreitigkeiten und gegenseitige Verkehrungen in unserer Partei gehabt, besonders vor den Parteitag; ein Zusammenschluß mit der U. S. P. wäre das beste Mittel, diese Richtungsstreitigkeiten in verschärfter Form wiedererstehen zu lassen. Damals überwogen in der Partei noch jene Elemente, die, in strenger Parteitradition und Parteidisziplin aufgewachsen, noch die Zeiten des Sozialistengesetzes mit durchgemacht hatten und in der Zerreißung der Parteibände — man kann in gewissem Sinne von Parteifamilienbänden reden, denn manche Teile der Partei fühlten sich noch immer als eine große zusammengehörige Familie — den größten Frevel erblickten. Seitdem hat sich aber die Psyche der Partei wesentlich geändert. Die verschiedenen Parteispaltungen, die die deutsche Arbeiterklasse aus ihrer eigenen Mitte während der letzten sechs Jahre hat hervorgehen sehen, haben das Gefühl für die Notwendigkeit der Parteidisziplin und die selbstwillige Einfügung der eigenen Persönlichkeit in das Parteiganze beträchtlich geschwächt, und zugleich sind mit und nach der Revolution zum Fluktuieren geneigte Elemente zu uns gekommen, die für den weiteren Ausbau unserer Partei von größtem Wert für uns sind, denen aber Parteidisziplin ein ziemlich fremder Begriff ist, und die überdies zum Teil in einer gefährlichen Illusionsromantik steckengeblieben sind. Die Entfesselung neuer, verschärfter Richtungsstreitigkeiten innerhalb der Partei vermag daher unter den heutigen unsicheren politischen Umständen nur zur Selbstzerfegung und Selbstzerfegung zu führen.

Aber ist es denn sicher, daß es nach einer Wiedervereinigung mit der U. S. P. zu solchen Richtungsstreitigkeiten kommen wird? Könnte nicht die

U. S. P. das Proselytenmachen aufgeben und sich willig zur praktischen Mitarbeit in den Parteimechanismus einfügen? Von Parteigenossen, mit denen ich hierüber sprach, ist mir verschiedentlich entgegengehalten worden, man dürfe annehmen, daß die Führer der U. S. P. doch wohl durch ihre eigenen Erfahrungen dahin belehrt worden seien, nicht Fragen aufzuwerfen, die die eben erst geeinte Partei alsbald wieder sprengen könnten.

Ich muß offen sagen, daß Genossen, die in dieser Weise argumentieren, nicht nur die Parteigeschichte (besonders die Geschichte der sozialistischen Parteien des Auslandes) nicht kennen, sondern auch recht schlechte Psychologen sind. Ich möchte sie bitten, sich zu ihrer Belehrung nur einmal den jüngst von Karl Kautsky in der Berliner »Freiheit« (vom 1. Januar 1922) veröffentlichten Artikel »Massenpartei oder Sekte« anzusehen. Dort heißt es:

Diese Zusammenfassung (der S. P. D. mit der U. S. P. D.) wäre natürlich unmöglich, wenn von der einen oder der anderen Richtung der Verzicht auf ihre Überzeugung gefordert würde. Die Einigung könnte sich nur dann vollziehen, wenn, wie immer die jeweilige Mehrheit der neuen Gesamtpartei deren augenblickliche Praxis gestalten möge, den Gegnern wie den Anhängern der Koalitionspolitik die vollste Freiheit der Propagierung ihres Standpunktes in der Partei gewährleistet wird. Der Kampf der beiden Richtungen soll und kann nicht aufhören. Er soll nur aufhören, ein Kampf zweier getrennter Organisationen zu sein. Er soll ein Kampf zweier Richtungen innerhalb der gleichen großen Organisation um die Gewinnung der proletarischen Masse, um die Eroberung der Mehrheit in der Organisation sein.

Solches Bekenntnis bietet die schönsten Aussichten auf einen baldigen frischfröhlichen Richtungsfreie in der eben »geeeinten« Partei — nur dürfte es nicht bei einem Kampfe zwischen zwei Richtungen bleiben, und auch die Kampf-gemäßlichkeit dürfte schnell flöten gehen.

Aber, so heißt es in einzelnen Äußerungen unserer Parteipresse, die Tatsache, daß sich die Eisenacher und Lassalleaner auf dem Gothaer Kongress vereinigt und nach Überwindung einiger alter Zwistüberreste friedlich zusammengearbeitet haben, beweist doch die Möglichkeit eines nützlichen Zusammenarbeitens verschiedener Parteirichtungen! Nach meiner Ansicht beweist diese Bezugnahme auf den Gothaer Kongress und seine Folgen gar nichts. Damit, daß früher im Anfang der Parteientwicklung unter ganz anderen Verhältnissen eine Vereinigung möglich und nützlich war, wird keineswegs bewiesen, daß sie auch heute nach einer fast fünfzigjährigen Fortbildung der damaligen Parteianfänge unter ganz anderen Umständen nützlich ist. Beide Parteien waren damals, was ihre Anhängererschaft anbetrifft, wesensgleich; beide bestanden aus Fabrikarbeitern und Handwerksgefelln, und nicht verschiedene Entwicklungsauffassungen und Klasseninteressen trennten sie. Lediglich verschiedene Organisationsformen, die Verschiedenartigkeit der programmatischen Schlagworte und die Rivalität der Führer hatte Schranken zwischen ihnen aufgerichtet. Seitdem aber ist die alte Sozialdemokratie aus einer engen Klassenpartei mehr und mehr zu einer die verschiedenartigsten Volkselemente umfassenden Massenorganisation geworden, die neben industriellen Arbeitern auch viele Landarbeiter und Angestellte, Kleinhandwerker und Kleinhändler, Beamte und Intellektuelle aller Art umfaßt; und diese Angehörigen haben neben gewissen gemeinsamen poli-

tischen Interessen manche verschiedenen Klassen-, Berufs- und Erwerbsinteressen, die auch eine verschiedenartige Stellungnahme zu den heufigen wirtschaftlichen Zeitproblemen bedingen. Die Zersplitterung der einstigen einheitlichen Sozialdemokratie in verschiedene kommunistische und sozialistische Gruppen ist, wenn sich diese Gruppen auch nicht nach reinen Klasseninteressen geschieden haben und das Festhalten an bestimmten Traditionen und Slogans sowie persönliche Freundschaften und Ideologien dabei eine wichtige Rolle spielen, doch in der Hauptsache nichts anderes als eine Folge der in der Anhängerschaft der Sozialdemokratie vor sich gegangenen Klassendifferenzierung.

Überdies vertrat aber zu jener Zeit die Sozialdemokratie den bürgerlichen Klassen gegenüber ein Zukunftsprogramm und besand sich in einer reinen Oppositionsstellung zur Regierung, vornehmlich unter dem Sozialistengesetz. Heute hingegen ist die S. D. P. nicht mehr Oppositionspartei, sondern Teilnehmerin an der Regierung, eine Partei, die einen ansehnlichen Teil ihrer früheren Programmforderungen verwirklicht hat und weitere Teile zu verwirklichen sucht. Es ist jedoch eine alte geschichtliche Erfahrung, die durch den Verlauf aller größeren revolutionären Bewegungen bestätigt wird, daß eine große revolutionäre Partei nur so lange ihre Einheitlichkeit zu wahren vermag, als sie sich in einer reinen Oppositionsstellung befindet. Wird sie mehr und mehr zur regierenden Partei und geht sie daran, nicht nur politische Forderungen durchzusetzen, sondern auch ernsthaft in das Wirtschaftsgetriebe einzugreifen, so zersplittert sie in verschiedene Parteirichtungen; denn nun treten die bisher mehr oder weniger verhüllten Klassendifferenzen offen hervor. Ein besonders lehrreiches Beispiel solcher Parteizersplitterung liefert die Geschichte der großen Französischen Revolution.

Auf Grund solcher Geschichtserfahrungen habe ich schon im März 1919, als noch die Kommunistische und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in schnellem Aufstieg begriffen waren, in dem Artikel »Partei- und Klassendifferenzierung« (Neue Zeit, 37. Jahrg., 1. Bd., Nr. 24) darauf hingewiesen, daß beide Parteien sich voraussichtlich bald in verschiedene kleinere Gruppen spalten würden und das schon damals in unseren Reihen hervortretende Streben nach Wiederherstellung der »alten sozialdemokratischen Parteeinheit« resultatlos bleiben werde. Ich schrieb in bezug auf das Drängen zur Einheitsfront:

Ein durchaus begreifliches Verlangen, denn da diese Einigkeitprediger die innere Notwendigkeit der schon bald nach dem Falle des Sozialistengesetzes hervorgetretenen Differenzierung innerhalb der Partei, die schon vor dem Kriege zu fortgesetzten Anfeindungen auf den Parteitag und zu gegenseitigen Presseangriffen führte, nicht verstehen, andererseits aber sehr wohl den Nutzen einer gemeinsamen Kampfführung für die Arbeiterschaft erkennen, so möchten sie gerne die einheitliche Front wiederhergestellt sehen. Sicherlich, wenn sich diese Einheit verwirklichen ließe, alle Kraft müßte daran gesetzt werden, das Ziel zu erreichen. Die Frage ist nur: Läßt sie sich wiederherstellen und vermöchte sie, wenn dies durch schärfsten Druck gelänge, dem Anprall feindlicher Elemente standzuhalten? Nach meiner Ansicht läßt sich eine solche Wiedervereinigung nur durchführen, wenn demnächst die Gegenrevolution auf der ganzen Linie siegen sollte und die sozialdemokratischen Parteien völlig in eine Defensive gedrängt würden, die sie aus Rücksicht auf ihre Existenz zwänge, alle inneren Streitpunkte für gering zu achten. Behält dagegen

die sozialistische Mehrheitspartei ihre ausschlaggebende politische Machtstellung, so müssen sich notwendig die Gegensätze zwischen ihr und den Unabhängigen sowie den Spartakisten weiter zuspitzen. Möglich, daß der linke Flügel der Unabhängigen sich mit den Spartakisten vereinigt, möglich auch, daß der rechte Flügel den Weg zu der alten Partei zurückfindet; aber eine einfache Wiedervereinigung aller drei Parteien oder auch nur der Mehrheitspartei mit der Gesamtheit der Unabhängigen erscheint mir in Anbetracht der zunehmenden Differenzierung ganz unmöglich.

Die seitdem vergangenen drei Jahre haben jenen Ausführungen in allen Teilen recht gegeben, und ich bin überzeugt, die nächsten Jahre werden mir weiter recht geben, denn die Zersplitterung der einst einheitlichen deutschen Sozialdemokratie in verschiedene Parteien ist eben nichts Zufälliges. Sie ist in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung begründet.

Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht später vielleicht sich doch der rechte Flügel der U. S. P. uns anschließt oder ein Teil des linken Flügels sich mit der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, der Lewischen Gruppe, vereinigt. Derartige Verschiebungen und Veränderungen sind durchaus nicht unmöglich; aber die Wiederherstellung einer wirklichen Einheitsfront erscheint mir ausgeschlossen. Sie ist nach meiner Ansicht nur dann möglich, wenn die Reaktion in den nächsten Jahren auf der ganzen Linie siegt, die heutigen demokratischen Errungenschaften zu einem großen Teil beseitigt werden und die unteren Volksschichten in dem Kampfe gegen diese Reaktion ihre verschiedenartige Klasseneinstellung als etwas Nebensächliches betrachten. Die Zersplitterung mag unseren Wünschen widersprechen; aber es ist verkehrt, politische Entwicklungsfragen und ihre Bedeutung für das Parteileben lediglich nach unseren Wünschen zu beurteilen.

Die Zerreißung der französischen Gewerkschaften

Von J. Steiner-Jullien

Der Kampf, den Moskau in allen Ländern, wo eine Arbeiterorganisation besteht, entfesselt hat, ist in Frankreich, nachdem Weihnachten 1920 in Tours die sozialistische Partei gespalten wurde, Weihnachten 1921 in Paris mit der Spaltung der Gewerkschaften zu seinem logischen Abschluß gekommen. Wohl hat Moskau in der letzten Minute einen schwachen Versuch gemacht, abzublasen; aber es war zu spät. Und außerdem waren ihm die Zügel entglitten. Innerhalb der »revolutionären« Minderheit, die sich vom französischen Gewerkschaftsbund trennt, gibt es zwei Richtungen: die *U n a r c h o s y n d i k a l i s t e n* und die *K o m m u n i s t e n*. Diese sind vorläufig von jenen an die Wand gedrückt worden, genauer gesagt, jene haben die Führung ergriffen, und die Kommunisten müssen Gefolgschaft leisten, wollen sie nicht — schreckensvolle Perspektive! — als weniger revolutionär erscheinen. Diese surenchère, diese sich überstürzende gegenseitige Averbietung ist eine revolutionäre »Tradition«, die keine französische Eigentümlichkeit ist, der vielmehr alle Gruppen verfallen, die sich von einer Gesamtheit trennen.

Der außerordentliche Gewerkschaftskongreß von Lille (25. bis 30. Juli 1921) hatte eine Resolution angenommen, in der er erklärte, daß es nicht geduldet werden könne, wenn eine Minderheit in den Gewerkschaften sich in Vereini-